

Vollversammlung des Diözesanrates am 10. November 2018

Impulspapier zum Schwerpunktthema Europa

vorgelegt vom Sachausschuss Politik und Gesellschaft

Die Einigung Europas wurde unter dem Eindruck zweier verheerender Kriege vorangetrieben. Damit war und ist die Europäische Union vor allem ein Friedensprojekt. Deshalb wurde die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Europa ist aber mehr als ein nur zufälliges Bündnis von Staaten. Europa verbindet eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Erfahrungen. Auch geistesgeschichtlich herrscht trotz vieler regionaler und nationaler Unterschiede eine große Gemeinsamkeit. Der Kontinent ist im Kern stark vom lateinischen Christentum und der Aufklärung geprägt. Eine große Gemeinsamkeit an Wertvorstellungen ist die Folge wie z.B. die Würde jedes Einzelnen, Freiheit, Solidarität und das Streben nach Gerechtigkeit.

In den letzten Jahren hat die Begeisterung für das Europäische Projekt nachgelassen. Großbritannien hat den Austritt aus der Union erklärt, in mehreren Mitgliedsländern sind Parteien auf dem Vormarsch, die die europäische Einigung mehr oder weniger in Frage stellen.

Die Vorbehalte vieler Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Europäischen Union sind ernst zu nehmen. Jahrzehntlang haben nationale Politikerinnen und Politiker unpopuläre Entscheidungen auf die Unionsebene verlagert, um im Nachhinein auf „Brüssel“ verweisen zu können. Dabei haben sich viele Politiker und Politikerinnen das Fehlen einer echten europäischen Öffentlichkeit zu Nutze gemacht. Auch wurden oft zu viele Detailfragen auf europäischer Ebene diskutiert und entschieden. Schließlich wurde in Europa fast ausschließlich über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit einzelner Maßnahmen und weniger über die Grundlagen der Einigung diskutiert.

Trotzdem ist und bleibt Europa wichtig. Gerade die beginnende Entfremdung zwischen den europäischen Staaten und den Vereinigten Staaten zeigt, dass Europa auch für die eigene Sicherheit wieder mehr Verantwortung übernehmen muss. In einer Welt vernetzter Wirtschaft, globaler Migration in bisher unbekanntem Ausmaß und sich weltweit stellender Sicherheitsfragen ist eine enge Zusammenarbeit der europäischen Staaten unverzichtbar. Das allein genügt nicht.

Vor diesem Hintergrund meinen wir:

- Wir benötigen eine Diskussion über das, was Europa über seine Institutionen hinaus ist. Eine Diskussion über das Selbstverständnis Europas jenseits der Tagespolitik darüber, wo wir gemeinsam hinwollen und was uns (noch) trennt, ist dringend nötig.
- Wir benötigen eine europäische öffentliche Diskussion. Hierzu müssen unter anderem stärker öffentlich-rechtliche Medien gefördert werden, die ihre Inhalte in mehreren Sprachen veröffentlichen und diskutieren. Den Vorschlag des französischen

Präsidenten, Jugendliche noch stärker als bisher den Aufenthalt in anderen Staaten der Union zu ermöglichen, begrüßen wir.

- In Europa muss das Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung in das Gleichgewicht gebracht werden. Zu häufig wird nationalstaatlich die Frage gestellt, wem was am meisten nutzt, wer netto am meisten zahlt und wer am meisten aus den Kassen der Union erhält. Zum Selbstverständnis der Union gehört, den Staaten und Regionen in ihrer Entwicklung zu helfen. Andererseits können diejenigen, die helfen, von den anderen auch eigene Anstrengungen erwarten.
- Die europäischen Institutionen müssen das Prinzip der Subsidiarität ernst nehmen. Fragen, die auf regionaler oder nationalstaatlicher Ebene entschieden werden können, sind dort zu entscheiden. Manches, was in der Union geregelt ist, kann entschlackt werden, Kompetenzen wieder abgegeben werden. Andererseits gibt es neue Herausforderungen, denen nur gemeinsam begegnet werden kann, etwa im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik oder des gemeinsamen Binnenmarktes.
- Die Union hat ein Demokratiedefizit. Weder das Europäische Parlament noch die Kommission können so arbeiten, wie wir das aus der repräsentativen Demokratie kennen. Solange in der Union vor allem der Rat den Ton angibt, der aus den Regierungen der Mitgliedsländer zusammengesetzt ist, und Parlament und Kommission nicht als legitimierte Organe selbständig gesetzgeberisch beziehungsweise exekutiv handeln können, wird es keine europaweite Akzeptanz dieser Institutionen in den Bevölkerungen der Mitgliedsländer geben können.

Die gegenwärtige Krise kann eine Chance für Europa werden, sich auf sich selbst neu zu besinnen und neue Wege des Zusammenwirkens zu suchen. Wir sind auch als Kirche gefragt, daran mitzuwirken:

- Wir setzen uns ein für regelmäßige, grenzübergreifende Begegnungen zwischen Katholikinnen und Katholiken, die auf allen Ebenen stattfinden sollen und so etwa Diözesanräte, Jugendgemeinschaften oder Pfarrgemeinden einschließen. Dies gilt insbesondere für unsere polnischen Nachbarbistümer.
- Wir möchten die europäische Vielfalt hier in unserem Bistum nutzen, um den Dialog auch vor Ort fortzusetzen und zu vertiefen.
- Wir ermuntern alle Christinnen und Christen im Bistum, bei den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament die Kandidatinnen und Kandidaten auch daran zu messen und das Gespräch mit ihnen darüber zu suchen, ob sie bereit sind, sich an den vorgenannten Grundsätzen zu orientieren und sich für sie einzusetzen.
- Insbesondere rufen wir alle Wahlberechtigten auf, sich an einer politischen Diskussion über Europa und die Europäische Union zu beteiligen und ihr Wahlrecht zu nutzen!